

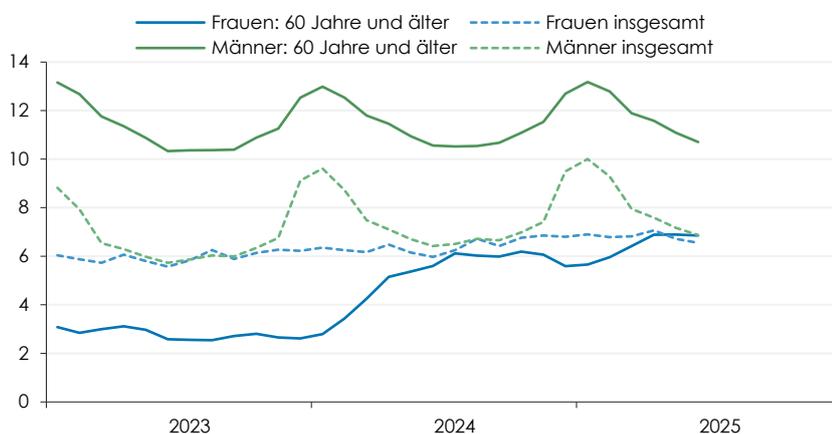
Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten

Stefan Schiman-Vukan

- Mit der Anhebung der Importzölle schwächt sich in den USA die Konjunktur ab, während der Preisauftrieb zunimmt.
- In China herrscht dagegen Deflationsdruck durch Überproduktion und die anhaltende Immobilienkrise.
- Im Euro-Raum insgesamt ist das Wirtschaftswachstum im Wesentlichen robust, in Österreich dagegen schwach.
- Wenngleich sich die Unternehmensstimmung leicht gebessert hat, überwiegt weiterhin der Pessimismus.
- Infolge des kräftigen Anstiegs der Strompreise hat sich die Inflation in Österreich seit Jahresbeginn markant beschleunigt.
- Der Arbeitsmarkt ist von der Rezession geprägt. Die Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters hat jedoch positive Beschäftigungseffekte.

Alters- und geschlechtsspezifische Arbeitslosenquoten

In % der unselbständigen Erwerbspersonen, nationale Definition



"Eine Anhebung des Regelpensionsalters scheint ein wirksames Mittel zu sein, um die Beschäftigung zu erhöhen. Arbeitslosigkeits- und Verdrängungseffekte sind in Zeiten des Arbeitskräftemangels gering."

Die Arbeitslosenquote der ab 60-jährigen Frauen hat sich durch die Anhebung des Regelpensionsalters an die allgemeine Frauenarbeitslosenquote angeglichen. Sie bleibt damit deutlich unter jener der gleichaltrigen Männer und unterliegt kaum saisonalen Schwankungen (Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger).

Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten

Stefan Schiman-Vukan

Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten

Die neuerdings sehr hohen Zölle der USA gehen dort mit einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums und einer Beschleunigung der Inflation einher. In China herrscht hingegen Deflationsdruck durch Überproduktion und die anhaltende Immobilienkrise. Im Euro-Raum ist die Konjunktur weitgehend stabil, in Österreich allerdings nach wie vor schwach. Zwar hat sich die Unternehmensstimmung leicht gebessert, jedoch überwiegt noch der Pessimismus. Zudem sorgt der kräftige Anstieg der Strompreise wieder für eine höhere Inflation. Der Arbeitsmarkt ist von der Rezession geprägt. Dennoch zeitigt die Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters positive Beschäftigungseffekte.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 8. 8. 2025

Kontakt: Stefan Schiman-Vukan (stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at)

Economy Still Struggling to Recover in Austria

The recent very high tariffs imposed by the USA are accompanied by a slowdown in economic growth and an acceleration in inflation. In China, on the other hand, there is deflationary pressure due to overproduction and the ongoing property crisis. The economy is largely stable in the euro area, but remains weak in Austria. Although business sentiment has improved slightly, pessimism still prevails. In addition, the sharp rise in electricity prices is again leading to higher inflation. The labour market is affected by the recession. Nevertheless, the increase in the retirement age for women is having a positive effect on employment.

Die USA und die EU verständigten sich Ende Juli auf ein neues Handelsabkommen. Während die USA den Basiszollsatz auf EU-Importe auf 15% anheben werden, wird die EU ihre Importzölle teils senken. Zugleich verpflichtet sie sich bis 2028 zu erheblichen Energiekäufen und Investitionen in Übersee. Wie private Unternehmen dazu gebracht werden sollen und ob sich die Trump-Administration mittelfristig an das Abkommen gebunden fühlt, bleibt unklar.

Wenngleich die durch Vorziehimporte ausgelöste Dämpfung des BIP im II. Quartal wieder ausgeglichen wurde, schwächte sich die Konjunktur der USA im 1. Halbjahr 2025 insgesamt ab. Angesichts der Beschleunigung der Inflation infolge der Zölle wurde der relativ hohe Leitzinssatz zuletzt noch nicht gesenkt.

In China ist das Wirtschaftswachstum von Exportüberschüssen und Überproduktion geprägt. Der hohe Wettbewerbs- und Innovationsdruck in High-Tech-Branchen und die

anhaltende Immobilienkrise dämpfen die Preise.

Im Euro-Raum verlief die Konjunktur im 1. Halbjahr stabil, sofern man die Sondereffekte in Irland außer Acht lässt. Die Arbeitslosigkeit blieb für europäische Verhältnisse niedrig und die Teuerung entsprach dem Zielwert der EZB. Für die Zentralbank liegt der Leitzinssatz nun auf neutralem Niveau, weshalb sie ihn zuletzt nicht weiter senkte.

Österreichs Wirtschaft trat im Frühjahr auf der Stelle. Dynamisch expandierten nur die öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Dienstleistungen, im produzierenden Bereich setzte sich die Rezession fort. Wenngleich der WIFO-Konjunkturtest zuletzt eine leichte Stimmungsaufhellung anzeigte, überwiegt weiterhin die Skepsis. Eine ungünstige Kombination wirtschaftspolitischer Maßnahmen ließ die Strompreise seit Jahresbeginn um ein Drittel steigen und sorgte – zusammen mit dem notorisch kräftigeren Preisauftrieb bei Dienstleistungen – erneut für eine höhere Inflation als im Euro-Raum insgesamt.

Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

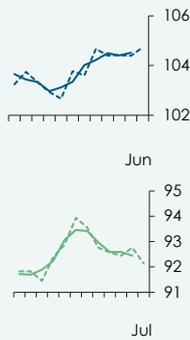
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



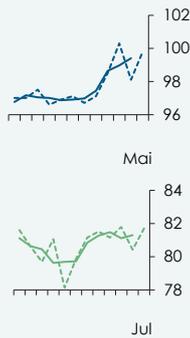
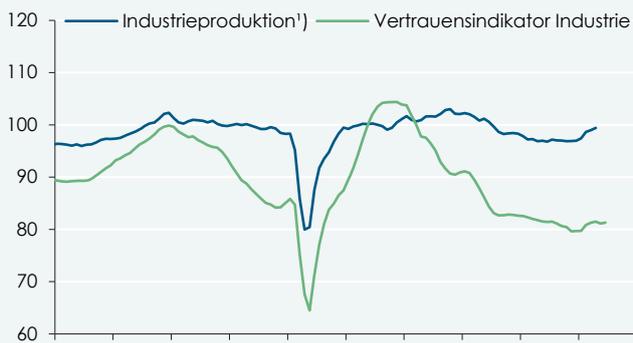
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



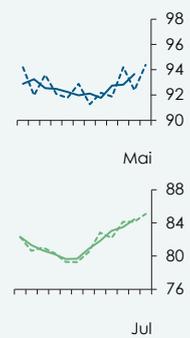
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply ManagementTM), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – ¹⁾ NACE 2008, Abschnitte B, C und D. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

Die schwache Konjunktur prägt auch den Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit ist im Steigen begriffen, während die Zahl der offenen Stellen und der Personalstand in der Privatwirtschaft sinken. In öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Bereichen expandiert die Beschäftigung hingegen. Ein positiver Sondereffekt geht von der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen aus. Sie führt seit 2024 zu erheblichen Beschäfti-

gungszuwächsen bei den ab 60-Jährigen. Die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe hat sich bislang lediglich an den Durchschnittswert aller Frauen angeglichen, während eine Verdrängung jüngerer Kohorten nicht zu erkennen ist. Diese insgesamt sehr positiven Effekte der aktuellen Pensionsreform sind wohl auch der allgemeinen Arbeitskräfteknappheit geschuldet.

In den USA steigt der effektive Zollsatz auf über 18%. Während sich die Konjunktur abschwächt, zieht die Inflation wieder an. Die Zentralbank senkt den Leitzinssatz daher nicht.

1. USA und EU schließen Handelsabkommen

Das kürzlich geschlossene Handelsabkommen zwischen den USA und der EU sieht höhere Basiszölle auf EU-Importe vor, legt einige Handels- und Investitionsziele fest und schließt Vergeltungsmaßnahmen der EU, etwa eine Steuer auf digitale Dienstleistungen, aus. Konkret soll der Zollsatz der USA auf Einfuhren aus der EU von bisher 10% auf 15% steigen und auch für Kraftfahrzeuge, Arzneimittel und Halbleiter gelten. Der Zollsatz für Stahl, Aluminium und Kupfer bleibt bei 50%. Für Flugzeuge und Flugzeugteile sollen keine Zölle anfallen. Die EU hat sich hingegen dazu bekannt, alle Zölle auf Industriegüter abzuschaffen und somit den handelsgewichteten Durchschnittszollsatz von derzeit 1,4% weiter zu reduzieren.

Die EU hat sich zudem verpflichtet, bis 2028 Energieträger im Wert von 750 Mrd. \$ aus den USA zu beziehen. Im selben Zeitraum sollen EU-Unternehmen 600 Mrd. \$ in den USA investieren. Um die beiden Ziele zu erreichen, müssten sich die derzeitigen Energieimporte und Direktinvestitionen mehr als verdoppeln. Es ist allerdings noch unklar, wie die EU private Unternehmen dazu bringen will, die entsprechenden Kauf- und Investitionsentscheidungen zu treffen. Im "Phase-One"-Abkommen der USA mit China waren im Jahr 2020 ähnlich ehrgeizige Ziele für den Kauf amerikanischer Agrar-, Energie- und

Industriegüter festgelegt, von China jedoch nicht erreicht worden. Donald Trump könnte eine Verfehlung der Ziele zum Anlass nehmen, das Abkommen mit der EU für ungültig zu erklären und die Zollsätze wieder zu erhöhen. Rechtssicherheit ist durch das neue Abkommen somit keineswegs gegeben. Zusammen mit den bereits angekündigten Handelsabkommen und Zollbriefen würde der effektive Zollsatz der USA auf der Grundlage der Handelsanteile von 2024 auf 18,2% steigen.

In Reaktion auf die Zollankündigungen wurden in den USA Importe und Lagerinvestitionen ins I. Quartal 2025 vorgezogen; im II. Quartal folgte ein ebenso starker Rückgang. Beides spiegelte sich in der BIP-Entwicklung. Insgesamt schwächt sich die Konjunktur in den USA ab. Hatte das BIP 2024 noch um 2,8% expandiert, so war es im 1. Halbjahr 2025 nur mehr um 2,0% höher als im Vorjahreszeitraum. Die Arbeitslosenquote blieb mit 4,2% im Juli noch niedrig, während die Verbraucherpreis-inflation im Juni auf 2,7% anstieg (Deflator der privaten Konsumausgaben +2,6%). Angesichts der robusten Realwirtschaft, des etwas zu hohen Preisauftriebs und der Inflationsrisiken aufgrund der Zölle beließ die Zentralbank der USA den Leitzinssatz in ihrer Sitzung von Ende Juli unverändert bei 4,25% bis 4,50%.

2. Deflationsdruck durch Überproduktion in China

Chinas Wirtschaft wuchs im 1. Halbjahr 2025 kräftig um 5,3%. Neben der robusten Exportleistung zeigen die jüngsten Daten allerdings einen ungewöhnlich hohen Lageraufbau und eine anhaltend schwache Binnennachfrage. Während die privaten Investitionen im 1. Halbjahr um 0,6% schrumpften, blieben die öffentlichen Investitionen ein Wachstumsmotor. Im Hochtechnologiebereich des verarbeitenden Gewerbes herrscht bereits Überproduktion, steigende Lagerbestände bedrohen zunehmend die Rentabilität. Der Erzeugerpreisindex war im Juni weiterhin stark rückläufig.

Die erneute Schwäche des Immobiliensektors war in den letzten Monaten in den am weitesten entwickelten, sogenannten "Tier-1-Städten" wie Peking und Shenzhen am deutlichsten ausgeprägt. Dort sanken die Immobilienpreise nach einer kurzen, durch Anreize ausgelösten Stabilisierung im IV. Quartal 2024 erneut. Insgesamt waren sie im Juni in 67 von 70 Großstädten geringer als im Vorjahr. Auch die Daten für den Wohnbau deuten nicht auf eine Trendwende hin: Verglichen mit den Höchstständen von Anfang 2021 lagen die Wohnungsverkäufe zuletzt bei nur 53% und die Bauaufnahmen bei 29%.

Die robuste Expansion in China beruht auf dem Export und auf einer preisdämpfenden Überproduktion.

3. Stabile Konjunktur im Euro-Raum

Im Euro-Raum bremste sich das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2025 scheinbar ein. Laut Eurostat-Schnellschätzung betrug es +0,1% gegenüber dem Vorquartal, nach +0,6% im I. Quartal. Allerdings war die Wachstumsrate erneut von den Entwicklungen in Irland geprägt. Betrachtet man den Euro-Raum ohne Irland, so war die Abschwächung von +0,3% im I. Quartal auf +0,2% im II. Quartal weit weniger markant. Mit Blick auf die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr verlief die Konjunktur jedenfalls robust (Euro-Raum insgesamt: II. Quartal +1,4%; ohne Irland +0,9%). Unter den vier größten Volkswirtschaften des Euro-Raumes erwies sie sich in Spanien erneut als besonders kräftig (+2,8% gegenüber dem Vorjahr). In Frankreich wuchs das BIP um

0,7%, in Deutschland und Italien jeweils um 0,4%.

Die Arbeitslosenquote blieb im Juni mit 6,2% auf einem für europäische Verhältnisse niedrigen Niveau. Die Verbraucherpreisinflation schwankt seit geraumer Zeit zwischen 2% und 2½% (Juli 2,0%). Die EZB sah in ihrer letzten geldpolitischen Sitzung im Juli keine Veranlassung, die Leitzinssätze ein weiteres Mal zu senken, nachdem sie diese acht Mal in Folge um jeweils 25 Basispunkte reduziert hatte. Der geldpolitisch relevante Einlagenzinssatz beträgt somit weiterhin 2,0% und dürfte den inflationsneutralen Wert, der weder preisdämpfend noch preistreibend wirkt, erreicht haben.

Die Inflation im Euro-Raum ist eingedämmt, die Arbeitslosigkeit gering. Der Leitzinssatz hat seinen neutralen Wert erreicht.

4. Keine Konjunkturbelebung in Österreich

In Österreich war das BIP im II. Quartal sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem Vorjahr nur um 0,1% höher. Die Wirtschaftsleistung stagniert also im Wesentlichen. Ohne die antizyklischen Impulse der öffentlichen Dienstleistungen, die in den letzten Quartalen kontinuierlich um durchschnittlich ½% gegenüber dem Vorquartal wuchsen, wäre die Wirtschaftsleistung noch länger rückläufig gewesen, da bisher weder von der Industrie noch vom Bauwesen oder den konsumnahen Marktdienstleistungen Wachstumsimpulse ausgehen.

Der WIFO-Konjunkturtest zeigte im Juli eine vorsichtige Verbesserung der Konjunkturschätzungen der österreichischen Unternehmen. Der saisonbereinigte WIFO-Konjunkturklimaindex stieg gegenüber dem Vormonat etwas an, spiegelt allerdings nach wie vor eine ausgeprägte Skepsis wider. In der Sachgütererzeugung stagnieren die Lagebeurteilungen im negativen Bereich. Die Erwartungen sind zwar ebenfalls noch überwiegend negativ, allerdings verringerte sich der Pessimismus in den letzten Monaten. Zuzuschreiben war dies vor allem der Vorprodukt- und der Konsumgüterindustrie, skeptisch blieben insbesondere Investitionsgüterproduzenten. In der Bauwirtschaft und den Dienstleistungen liegen die Lageeinschätzungen und die Erwartungen nach wie vor unter dem langjährigen Durchschnitt.

4.1 Strompreise treiben die Inflation

Der Inflationsabstand zwischen Österreich und dem Euro-Raum insgesamt, der sich im Laufe des vergangenen Jahres verkleinert hatte und von Oktober bis Dezember 2024 sogar leicht negativ gewesen war, nahm zu Jahresbeginn 2025 wieder schlagartig zu. In Österreich erhöhen sich die Verbraucherpreise seit Jänner um rund 1 Prozentpunkt schneller als im Euro-Raum. Im Juli betrug der Abstand nach vorläufiger Schätzung

1,6 Prozentpunkte: In Österreich dürfte die Verbraucherpreisinflation 3,6% betragen haben (laut HVPI), im Euro-Raum nur 2,0%.

Im Gegensatz zu 2023, als die Überinflation sowohl dem kräftigeren Energiepreisanstieg als auch einer höheren Kerninflationsrate geschuldet war, sind nun allein die Energiepreise und insbesondere die Strompreise für die Vergrößerung des Inflationsabstandes verantwortlich. Dass sich Strom in Österreich seit Anfang 2025 um mehr als ein Drittel verteuert hat, ist einer Reihe von gleichzeitigen wirtschafts- und strommarktpolitischen Maßnahmen zuzuschreiben. Dazu zählen insbesondere das Auslaufen der Strompreisbremse, die Erhöhung der Netzentgelte und die Wiederinkraftsetzung von Ökostromförderbeitrag und -pauschale. Kleinere Inflationsimpulse setzten zudem die erneute Inkraftsetzung der Energieabgaben und die Erhöhung der CO₂-Abgabe.

4.2 Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters zeitigt positive Beschäftigungseffekte

Der österreichische Arbeitsmarkt ist weiterhin von der Rezession geprägt; so ist die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen, während die Zahl der offenen Stellen sinkt. Im Juli betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote nach vorläufiger Schätzung 7,4%. 319.400 Arbeitslosen standen 77.600 offene Stellen gegenüber, die Stellenandrangsziffer betrug somit 4,1 (saisonbereinigt).

Parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit schrumpft in den privatwirtschaftlich geprägten Sektoren die Beschäftigung, insbesondere im produzierenden Bereich. In den Marktdienstleistungen stagnierte die Beschäftigung im 1. Halbjahr bei gegenläufiger Dynamik in den einzelnen Branchen. Antizyklisch wirken hingegen die öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Bereiche. Dort

Der österreichischen Volkswirtschaft fehlt es weiterhin an Schwung. Konjunkturumfragen zeigen nur einen leichten Aufwärtstrend an.

Strom hat sich seit Jahresbeginn um mehr als ein Drittel verteuert. Dies sorgt neuerlich für Überinflation.

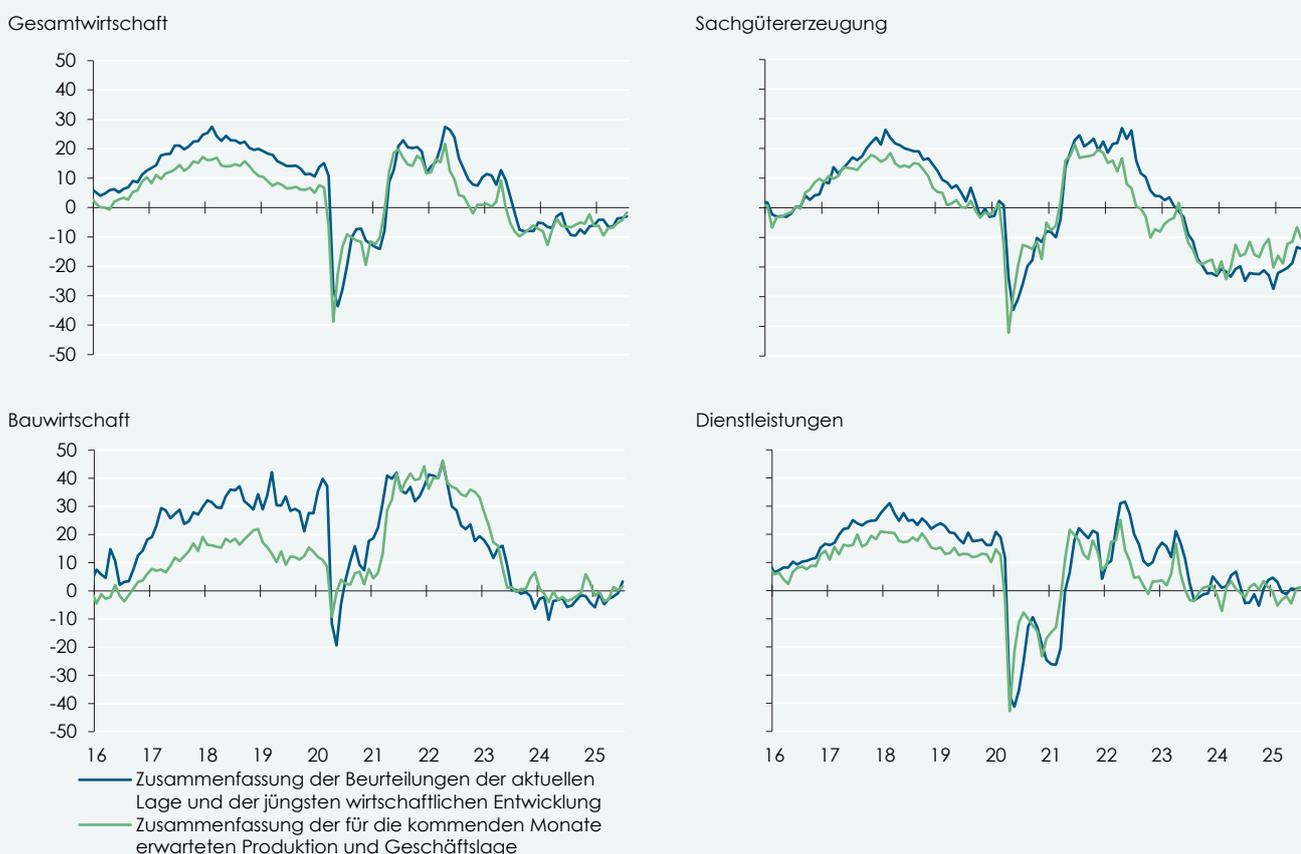
Die Anhebung des Relpensionsalters der Frauen hält Betroffene länger in Beschäftigung. Die Effekte auf die Arbeitslosigkeit sind gering und Verdrängungseffekte scheinen bislang auszubleiben.

expandiert der Personalstand stabil um rund 2½% im Vorjahresvergleich. Für die Gesamtbeschäftigung in Österreich ergab sich damit in etwa eine Stagnation.

Der österreichische Arbeitsmarkt ist derzeit nicht nur von der Konjunktur geprägt, sondern auch von den Effekten einer Pensionsreform. Seit Anfang 2024 wird das Regelpensionsalter der Frauen halbjährlich um jeweils 6 Monate angehoben. Dies führt in der Altersgruppe der ab 60-Jährigen zu einer speziellen Dynamik. Im Jahr 2023, vor Inkrafttreten der Reform, hatte die aktive unselbstän-

dige Beschäftigung der ab 60-jährigen Frauen und Männer noch gleich kräftig um 8,6% bzw. 8,7% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. In den letzten zwölf Monaten verringerte sich die Beschäftigungsexpansion bei den Männern auf +5,6% im Vorjahresvergleich (Durchschnitt Juli 2024 bis Juni 2025). Diese Abschwächung dürfte auf die Konjunktur zurückzuführen sein. Insgesamt handelte es sich aber immer noch um eine recht kräftige Expansion, was damit zu tun hat, dass geburtenstarke Jahrgänge ("Baby-boomer") schrittweise das 60. Lebensjahr erreichen.

Abbildung 2: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



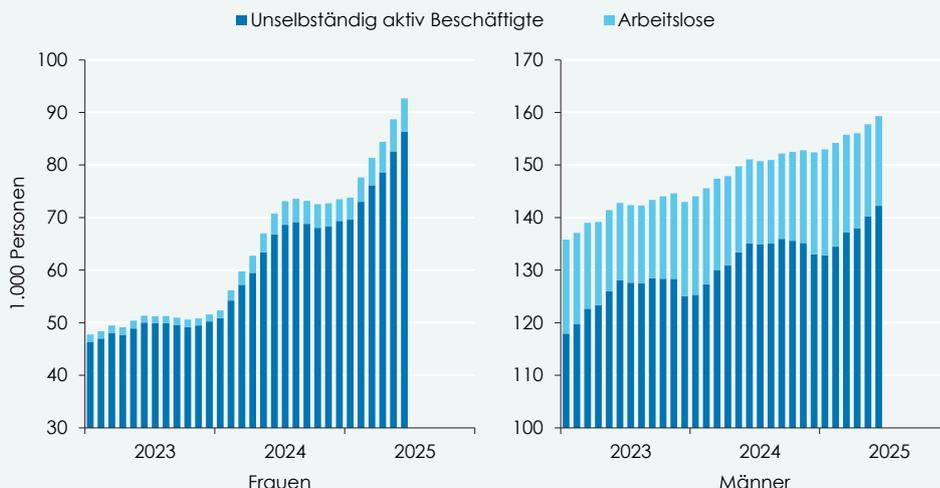
Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Die Beschäftigung der ab 60-jährigen Frauen wuchs in den letzten zwölf Monaten hingegen um 35%, was größtenteils auf die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters zurückzuführen ist. Erkennbar ist dieser Zusammenhang auch am charakteristischen Muster der Beschäftigungsentwicklung (Abbildung 3): In den ersten Jahreshälften (2024, 2025) führte die Reform zu einem Aufschub von Pensionsantritten und einem markanten Anstieg der Beschäftigung. In den jeweils zweiten Jahreshälften verzögern sich die Pensionsantritte zwar ebenfalls, es werden

aber jene der ersten Halbjahre nachgeholt, wodurch die Beschäftigung stagniert.

Infolge der Pensionsreform steigt jedoch nicht nur die Beschäftigung, sondern auch die Arbeitslosigkeit älterer Personen. Ein gleichzeitiger Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist ein Charakteristikum von Arbeitsangebotsschocks. Im konkreten Fall bleiben die meisten erwerbstätigen Frauen durch die Pensionsreform länger in Beschäftigung, während Frauen, die mit 60 Jahren arbeitslos sind, mit hoher Wahrscheinlichkeit länger arbeitslos bleiben.

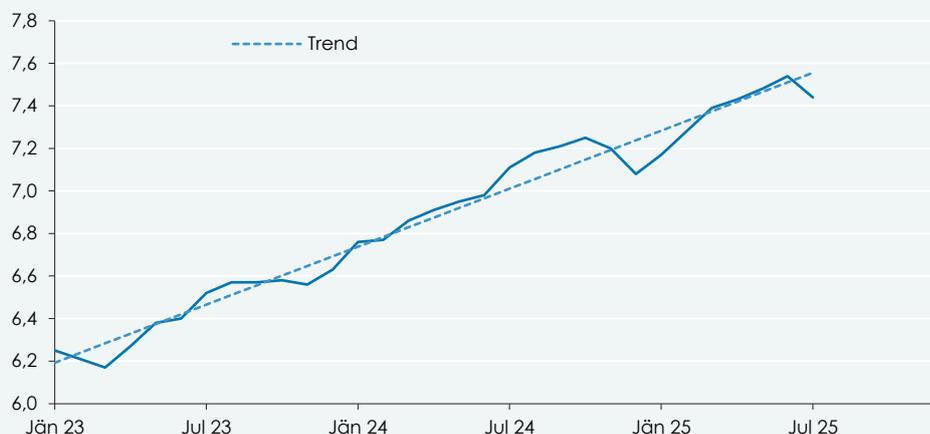
Abbildung 3: **Arbeitskräfteangebot der ab 60-Jährigen**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Abbildung 4: **Arbeitslosenquote insgesamt**

In % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt, nationale Definition



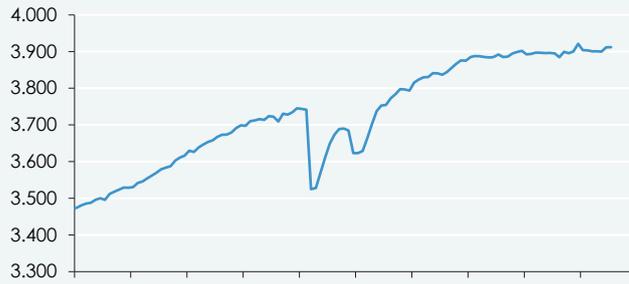
Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Hatte die Arbeitslosigkeit der ab 60-jährigen Männer und Frauen im Jahr 2023 noch stagniert (+0,7% bzw. -0,7% im Vorjahresvergleich), so stieg jene der Männer in den vergangenen zwölf Monaten (Juli 2024 bis Juni 2025) bereits um durchschnittlich 7,6%, was wohl der Rezession geschuldet ist. Die Arbeitslosigkeit der ab 60-jährigen Frauen nahm hingegen um durchschnittlich 136% zu. Dieser sehr hohe Zuwachs ergibt sich vor allem aus dem geringen Ausgangsniveau. Vor der Reform waren in dieser Kohorte nur sehr wenige Frauen arbeitslos gewesen, da es für die meisten die Möglichkeit gab, in Pension überzutreten.

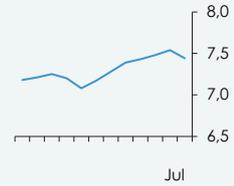
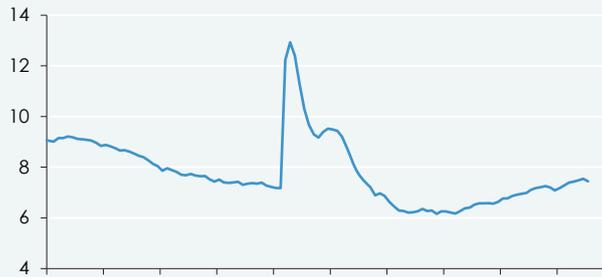
Um Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitseffekte der rezenten Pensionsreform vergleichbar zu machen, müssen die absoluten Veränderungen der Anzahl der betroffenen Personen betrachtet werden. Im Durchschnitt der letzten zwölf Monate nahm die Zahl der ab 60-jährigen beschäftigten Frauen um rund 19.000 (+35%) zu, die Zahl der gleichaltrigen arbeitslosen Frauen um 2.800 (+136%). Ihre Arbeitslosenquote stieg von 2,8% im Jahr 2023 auf 6,2% im Durchschnitt Juli 2024 bis Juni 2025 bzw. auf 6,9% im II. Quartal 2025. Sie war damit deutlich niedriger als unter gleichaltrigen Männern, wo sie sowohl im Jahr 2023 als auch in den letzten zwölf Monaten stabil bei rund 11½% lag.

Abbildung 5: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

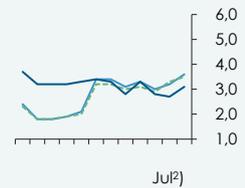
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



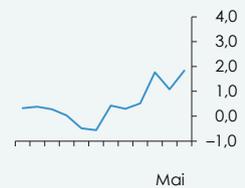
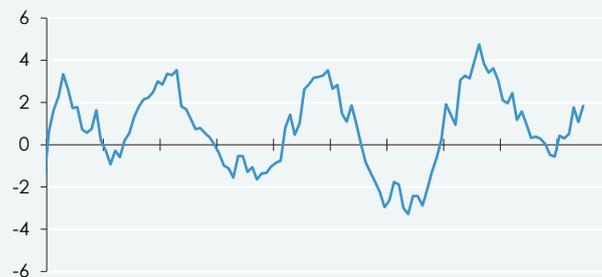
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



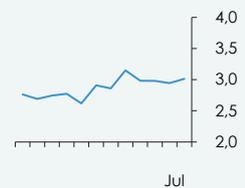
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Eine Abschätzung möglicher Verdrängungseffekte der Pensionsreform auf die unter 60-Jährigen ist durch deskriptive Analyse nicht möglich, da die Konjunkturreffekte und die Effekte des Arbeitsangebotschocks für diese Gruppe nicht unterscheidbar sind. Sowohl Rezession als auch Verdrängung implizieren einen Rückgang der Beschäftigung und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Eine aussagekräftige Analyse wäre nur mithilfe eines strukturellen makroökonomischen Modells möglich, das in der Lage ist, die beiden Schocks zu isolieren.

Ein vorläufiger Befund ist dennoch möglich. Betrachtet man die Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosenquote (Abbildung 4), ist kein anhaltender Verdrängungseffekt auszumachen. So zeigt sich seit März

2023 ein kontinuierlicher Anstieg der Gesamtarbeitslosigkeit, der gut zur Rezession passt. Zwar beschleunigte er sich im Jänner 2024, als die erste Stufe der Pensionsreform in Kraft trat, und erneut im Juli 2024 bei Inkrafttreten der zweiten Stufe vorübergehend. Diese Schübe wurden allerdings durch spätere Rückgänge wieder kompensiert.

Alles in allem dürfte eine Anhebung des Regelpensionsalters ein wirksames Mittel sein, um die Beschäftigung der betroffenen Personengruppen zu erhöhen, ohne einen übermäßigen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verursachen. Zudem scheinen die Verdrängungseffekte auf jüngere Personen in Zeiten von Arbeitskräfteknappheit selbst dann begrenzt zu sein, wenn sich die Volkswirtschaft in einer hartnäckigen Rezession befindet.